

Europäischer Metallgewerkschaftsbund: Das will sein neuer Präsident, Unia-Co-Präsident Renzo Ambrosetti

«Die Industrie ist kein Auslaufmodell»

Am 6. Juni wurde Unia-Co-Präsident Renzo Ambrosetti in Lissabon zum Präsidenten des Europäischen Gewerkschaftsbundes EMB gewählt. Warum ein Nicht-EU-Vertreter? Und: Ist dieses Amt mehr als Kongresstourismus?

MARIE-JOSÉE KUHN
work: Herzliche Gratulation zu Ihrer Wahl!
Renzo Ambrosetti: Danke, danke!

Böse Zungen werden sagen: Jetzt wird der Ambrosetti Kongresstourist und lässt es sich in Brüssel gutgehen. Schön wär's! Früher, als sich die Gewerkschaftskontakte in Europa auf sporadisch-freundschaftliche Besuche beschränkten, hat man das vielleicht Kongresstourismus nennen können. Doch heute ist die Gewerkschaftsarbeit auf europäischer Ebene eine anspruchsvolle Arbeit. Und eine sehr wichtige: Die multinationalen Konzerne funktionieren längst international. Schaffen wir Gewerkschaften nicht einmal eine europäische Vernetzung, dann haben wir ein Problem.

Erstaunlich ist: Warum wählt ein europäischer Gewerkschaftsbund einen Präsidenten aus einem Nicht-EU-Land? Zwei Dinge haben meines Wissens den Ausschlag gegeben. Einerseits sind meine europäischen Kollegen offener, als es gewisse Kreise in der Schweiz sind. Ich bin jetzt seit mehr als zehn Jahren in der EMB-Exekutive tätig – und meine Mitarbeit wird dort sehr geschätzt. Zum Beispiel die Tatsache, dass ich mehrere Sprachen spreche und aus einem multikulturellen Land komme, in dem man konsensorientiert funktioniert. Diese Erfahrung wird mir auch als EMB-Präsident nützen, denn dort wird ebenfalls per Konsens und nicht per Mehrheit entschieden. Andererseits dürfte mir die Tatsache geholfen haben, dass ich von der Unia her Fusionserfahrungen habe. Heute gibt es in Brüssel mehrere europäische Industriegewerkschaften. Der EMB denkt darüber nach, sie zu einer einzigen interprofessionellen und kampffähigen Industriegewerkschaft zusammenzuschliessen.

Wenn man als Nicht-EU-Gewerkschafter auf europäischer Ebene arbeitet, kommt man da nicht in Widersprüche hinein? Stichwort Mindestlöhne: In der Schweiz sind die Löhne im Schnitt höher als im umliegenden Europa. Was, wenn der EMB nun Mindestlohnstandards aufstellt? Dann müsste man sich in der Schweiz ja nach unten anpassen. Nein, darum geht es doch nicht, vielmehr um notwendige Standards gegen Lohndumping. Der EMB hat bereits heute verschiedene Chartas mit solchen Standards. Etwa die Arbeitszeit-Charta, sie legt die 35-Stunden-Woche fest. In der Schweiz kann man davon nur träumen. Doch diese Charta gibt



RENZO AMBROSETTI präsidiert jetzt 6,5 Millionen Arbeitnehmende.
FOTO: NORBERT BRAUN

nur ein Ziel vor. Und alle EMB-Mitglieder, auch die Unia, sind aufgefordert, sich diesem Ziel schrittweise anzunähern. Auf diese Art kann die unterschiedliche Situation in verschiedenen Ländern berücksichtigt werden. Soeben hat übrigens auch der Europäische Gewerkschaftsbund EGB eine Resolution zu Minimallohnen verabschiedet. Und auch da wird auf die unterschiedlichen Lohnregelungen in den Mitgliedsländern Rücksicht genommen. Trotzdem ist es eminent wichtig, dass solche Mindestlohnkampagnen auf europäischer Ebene unterstützt und koordiniert werden.

Dann werden Sie also die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich verlangen, wenn Sie in Brüssel sind, und sich mit der 40-Stunden-Woche begnügen, wenn sie in Bern sind?

Auch mein Vorgänger im EMB konnte als Belgier nicht der 35-Stunden-Wochen-Mann sein. In der Schweiz führten wir vor zehn Jahren die letzte grosse Auseinandersetzung in Sachen Arbeitszeitverkürzung in der Maschinenindustrie. Und wir haben sie verloren. Doch damit ist die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht vom Tisch. Unser gewerkschaftlicher Kampf zielt heute aber vor allem auf die schweizweite Durchsetzung der 40-Stunden-Woche, die noch lange nicht überall Realität ist, und auf die wirksame Einschränkung der uferlosen Überstundenarbeit.

Was nützen denn solche Chartas, wenn sie doch nicht umgesetzt werden?

Die Stärke der europäischen Koordinierung darf sicher nicht in der allgemeinen Nivellierung der Arbeitsbedingungen liegen. Nicht alle Länder müssen genau gleich funktionieren. Aber die Gewerkschaften in Europa sollten in die-

selbe Richtung arbeiten. Dafür gibt es die EMB-Chartas.

In der Not ist uns das Hemd näher als die Jacke. Das zeigte sich etwa Ende der 90er Jahre bei der grossen Entlassungswelle des deutschen Bahnriese Adtranz. Die betroffenen deutschen und Schweizer Gewerkschaften kämpften damals eher gegen- als miteinander.

Das stimmt so nicht. Der Kampf der Belegschaften um ihren Standort ist noch immer das A und O des gewerkschaftlichen Erfolges. Doch heute braucht es genauso die Koordination des Kampfes über die nationalen Grenzen hinaus. Auch die Arbeitnehmenden in der Schweiz brauchen eine star-

«Bei Airbus und bei VW hat der EMB erfolgreich länderübergreifend mobilisiert.»

RENZO AMBROSETTI

ke und kampffähige europäische Gewerkschaftsbewegung. Deshalb wird eines meiner Ziele im EMB sein, dass alle Mitglieder der nationalen Gewerkschaftsverbände gleichzeitig auch EMB-Mitglieder werden.

Wann und wo hat der EMB zuletzt erfolgreich und länderübergreifend mobilisiert? Bei Airbus und bei VW. Bei Airbus ging es um eine Entlassungswelle in mehreren europäischen Ländern, bei VW um eine grosse Betriebsschliessung.

Apropos VW: Wäre es nicht höchste Zeit für einen europäischen Streik in der Automobilindustrie? Für Europa ist sie sehr wichtig, und die Arbeitnehmenden sind, Stichwort Umstrukturierungen, stark unter Druck.

EUROPÄISCHER METALLGEWERKSCHAFTSBUND EMB
EINE STIMME FÜR 6,5 MILLIONEN

Seit 1971 vertritt der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) mit Sitz in Brüssel die Interessen der europäischen Metallerinnen und Metal-ler. Er repräsentiert 76 Metallgewerkschaften in 33 Ländern mit 6,5 Millionen Mitgliedern. Zu den wichtigsten EMB-Arbeitsbereichen gehören Industrie-, Tarif- und Unternehmenspolitik sowie der Sozialdialog mit Arbeitgeber- und Industrieverbänden auf europäischer Ebene. Die Industriepolitik umfasst die sechs Sektoren Luft- und Raumfahrt, Automobil, Wehrtechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Aufzüge, Nicht-Eisen-Metalle, Schiff- sowie Maschinenbau. www.emf.fem.org

Im Moment hat die Automobilbranche auf europäischer Ebene Hochkonjunktur. Ich glaube nicht, dass die Beschäftigten jetzt zum grossen Streik bereit wären. Warum auch? Die IG Metall hat es bei den Tarifverhandlungen bewiesen: In der Autoindustrie kann man derzeit etwas herausholen, auch ohne Streiks.

Es gibt Ökonomen und Zeitungen, die behaupten, die europäische Industrie sei ein Auslaufmodell. Bald schon werde es keine industrielle Produktion mehr geben. Einverstanden?

Das ist Unsinn, die Industrie ist überhaupt kein Auslaufmodell. Dazu nur ein paar Zahlen aus der Schweiz: Unsere Industrie ist hochproduktiv und international top wettbewerbsfähig. 73 Prozent aller Exporte der Schweiz stammen aus der Industrie. Und der Export boomt: Seit 1980 hat sich die exportierte Produktion vervierfacht. Noch immer exportiert die Schweiz mehr nach China und Indien, als sie von dort importiert. Und das Wichtigste: Seit 2005 schafft die Industrie in der Schweiz wieder Arbeitsplätze. 2005 und 2006 waren es zusammen gerechnet über 35000.

Warum sind dann die Unia-Mitgliederzahlen in der Industrie immer noch rückläufig? Das macht uns Sorgen. Doch wir sind daran, dieses Problem anzugehen. Wir werden demnächst ein neues Industrie-konzept präsentieren, das gewerkschaftliche Antworten gibt auf so brennende Themen wie «Deindustrialisierung», «ökologischer Umbau» und «Finanzkapitalismus», sprich Heuschreckenkapitalismus.

Ist man sich in der Unia denn einig, dass es sich auch künftig lohnen wird, auf die Industrie zu setzen? Auch bei der Unia gibt es Leute, die die Industrie für ein Auslaufmodell halten. Doch die Mehrheit ist sich einig: Die Unia kann es sich nicht leisten, die Industrie ausgerechnet jetzt abzuschreiben, wo uns mit der Klimaerwärmung und dem daraus nötigen ökologischen Umbau möglicherweise sogar eine grosse Reindustrialisierung bevorsteht. Das wäre der Anfang vom Ende der Unia!



la suisse existe
Jean Ziegler

LIEGT DAS RÜTLI AUF DEM MOND?

Walliserinnen und Walliser sind weitsichtig, grosszügig und zuweilen starrköpfig. Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey ist Walliserin. Sie will am 1. August auf der Rütliwiese im Kanton Uri eine Rede halten. Nach offizieller Lesart (Bundesratsbeschluss von 1891) wurde die Schweizerische Eidgenossenschaft am 1. August 1291 gegründet. Durch drei Bauern und Schaffhirten. Auf ebendieser bescheidenen Weide über dem Vierwaldstättersee.

KOLLEKTIVGEDÄCHTNIS. Riten sind wichtig. Keine Nation überlebt ohne Kollektivgedächtnis. Riten schaffen Identität. Deshalb hat Micheline Calmy-Rey recht. Leider hat die Bundespräsidentin im Bundesrat auch noch Kollegen. Einer davon ist Christoph Blocher, als Justiz- und Polizeiminister verantwortlich

250 000 Franken: Ist das zu viel für die Redefreiheit der Bundespräsidentin?

für die öffentliche Ordnung. Neonazis, Skinheads und Rassisten haben ihr Kommen zur Rütli-eier angekündigt.

Was sagt der Polizei- und Justizminister (sekundiert vom Urner Polizeikommandanten)? Die Redefreiheit der Bundespräsidentin könne nicht garantiert werden. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung käme zu teuer. Fr. 250000.– rechnet der Urner Steinzeit-Polizist. So viel Geld sei die Redefreiheit der Bundespräsidentin nicht wert. Liegt das Rütli auf dem Mond? Oder eben doch immer noch mitten in der Schweiz? Wir erleben dieser Tage einen Skandal: Lärmige Fremdenhasser diktieren ihr Gesetz. Die Redefreiheit muss gemäss Gesellschaftsvertrag auf jedem Quadratmeter des Landes gesichert werden. Das ist der Auftrag des demokratischen Staates. Basismobilisation ist gefragt. Tausende Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes werden am Vormittag des 1. August – es ist ein Mittwoch – mit dem Schiff von Brunnen oder über den wunderschönen Weg auf die Rütliwiese kommen.

UNSERE PYRAMIDEN. Als unser Sohn sieben-jährig war, wollte meine Frau – eine Ägypterin – unbedingt nach Brunnen und aufs Rütli reisen. «Dort sind eure Pyramiden», sagte sie. Sie hatte recht. Die Gründungsstätte eines jeden Landes ist ein unverzichtbarer Ort der Besinnung. Ob es jetzt eine grüne, blumenduftende Bergwiese mit ein paar Kühen ist oder ein Denkmal der Menschheitsgeschichte wie die Pyramiden, spielt keine Rolle. Was zählt, ist allein die soziale Funktion. Deshalb noch einmal: Die Bundespräsidentin hat tausendmal recht. Keine Nachgiebigkeit gegenüber Rassisten und Neonazis! Ihnen soll begegnet werden mit freier Rede, Vernunft – und wenn nötig mit staatlicher Gewalt. Und noch eines: Wer dieses Land liebt, so wie es vorläufig noch ist – ziemlich demokratisch, mit einem zwar schwindenden, aber immer noch bestehenden Willen zur sozialen Gerechtigkeit –, der soll am 1. August aufs Rütli kommen.

Jean Ziegler, 73, ist Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, alt SP-Nationalrat, Professor für Soziologie an der Universität Genf und Autor. Zuletzt erschien von ihm «Das Imperium der Schande» (C.-Bertelsmann-Verlag 2005, Fr. 34.90).